

**Dr. Jörg Dräger**

**Rede Reinhard Mohn Preis 2011**

**Donnerstag, 16. Juni 2011, 11.00 bis 12.30 Uhr**

---

***– es gilt das gesprochene Wort –***

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Frau Merkel,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister da Costa,  
liebe Keila,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Keila und 100.000 ihrer Mitbürger in Recife zeigen uns eindrucksvoll, was passiert, wenn Bürger mitentscheiden können: Dann engagieren sie sich – und zwar lösungsorientiert und dauerhaft.

Ein solches Engagement täte auch uns gut. Denn in Deutschland haben sich Politik und Bürger immer weiter voneinander entfernt. Zu viele Menschen sehen ihre Interessen von Politikern nicht mehr vertreten, die politischen Debatten haben aus ihrer Sicht zu wenig mit der eigenen Lebensrealität zu tun. Weil sie die Politik für bürgerfern halten, werden die Bürger politikfern. Sie wenden sich von der klassischen Politik ab und stellen somit deren Legitimität in Frage.

Dabei zeigen Auseinandersetzungen um Projekte wie Stuttgart 21, die Hamburger Schulreform oder örtliche Planungsprozesse, dass die Bürger sich politisch beteiligen wollen – nur eben nicht länger über die Mitgliedschaft in Parteien, sondern vielmehr direkt, zumeist leider nur temporär und sehr themenorientiert. Wenn dieses Beteiligungsinteresse dann nicht aufgegriffen wird oder die Bürger sogar den Eindruck haben, dass Aushandlungsprozesse in geschlossenen Räumen stattfinden, reagieren sie mit Protest. „Politische Beteiligung heißt bei uns in der Regel, sich gegen ein Vorhaben zu organisieren: die Mehrheit der Volks- und Bürgerentscheide will politische Beschlüsse rückgängig machen.“

Wir erleben dann den Bürger als „Wutbürger“. Und auch wenn ein Entscheidungsprozess völlig korrekt abgelaufen ist, und häufig Jahre gedauert hat, bleibt dennoch bei vielen das Gefühl hängen, die da oben – seien es Investoren, Verwaltung oder Politik – hätten sich vorab bereits auf alle Details verständigt und jede Einbeziehung oder Nachfrage der Bürger wäre eine Störung.

Dass es auch anders geht, und unter deutlich schwierigeren Bedingungen, zeigt uns die Stadt Recife, die ich zu ihren Leistungen beglückwünschen möchte:

- Mit ihrem Bürgerhaushalt, der die gesamte Stadtentwicklung beeinflusst, aktiviert Recife jedes Jahr über 100.000 Bürgerinnen und Bürger und bindet diese in politische Entscheidungen ein.
- Dabei gelingt es Recife, nicht nur die Bildungsbürger zu beteiligen, sondern Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft.
- Die Bürger – gerade die sozial schwächeren – haben das Gefühl, dass mit dem Bürgerhaushalt die Probleme gelöst werden, die ihnen wichtig sind.
- Und nicht zuletzt gelingt es Recife, die Bürger – unter ihnen auch Schülerinnen wie Keila – langfristig in politische Prozesse einzubeziehen und so die Demokratie von Grund auf zu stärken.

Die Arbeiten zu unserem Reinhard Mohn Preis, meine Damen und Herren, haben also gezeigt: Ein dauerhaftes, weniger selektives, dafür aber sehr konstruktives politisches Bürgerengagement ist andernorts möglich. Warum, so fragt man sich, ist dies in Deutschland noch nicht so gelungen?

Mein Versuch einer Antwort entstammt aus drei Beobachtungen während unseres kürzlich abgehaltenen Symposiums zum Reinhard Mohn Preis:

- Erstens: Die eingeladenen deutschen Politiker, egal welcher Partei, sprachen beim Stichwort „Bürgerbeteiligung“ immer nur von Volksbegehren und Volksentscheiden. D.h. sie argumentierten, dass mehr Volksentscheide, möglichst mit geringeren Quoren, ein Zeichen für eine bessere Demokratie seien.
- Zweitens äußerten aber dieselben Politiker die Besorgnis, dass eine solche Bürgerbeteiligung die repräsentative Demokratie aushöhle und die demokratischen Institutionen – z.B. Parlamente und Parteien – schwäche. Damit stellten sie jedoch die Bürgerbeteiligung, die sie gerade gefordert hatten, wieder in Frage.

- Die dritte Beobachtung war dann die spannendste: eine Stadtdirektorin und ein Stadtratsmitglied aus Hampton, Virginia, stellten ihre über 25 Jahre gewachsene Beteiligungskultur vor. Von Volksentscheiden und direkter Demokratie sprachen beide nicht. Auf die Frage eines deutschen Teilnehmers, ob es denn auch in Hampton die Möglichkeit von Volksentscheiden gäbe und wie oft diese vorkämen, antworteten beide: Die Möglichkeit gäbe es wohl, aber in den letzten 20 Jahren hätte es keinen einzigen Volksentscheid mehr gegeben. Aber sie hätten ja auch eine ausgeprägte Beteiligungskultur im *Entstehungsprozess* der politischen Entscheidung, da seien Volksentscheide im Nachhinein doch gar nicht mehr nötig.

Volksbegehren sind also für die Vorreiter in Sachen Partizipation die 'ultima ratio', fast ein Eingeständnis des Scheiterns. Das Ziel der dortigen Beteiligungsverfahren ist es, durch frühzeitige Einbeziehung der Bürger, umfassende Information und ausgewogene Debatten nicht nur eine optimale Entscheidungsgrundlage, sondern eben auch eine breite Akzeptanz zu schaffen.

Diese Beobachtungen verdeutlichen, wie unglücklich es ist, wenn sich die Partizipationsdebatte auf direkte Demokratie beschränkt: so werden wir kein Mehr an dauerhaftem, weniger selektivem, konstruktiverem und die Demokratie stärkendem Engagement in Deutschland haben. Der deutliche Anstieg der Bürgerentscheide in den letzten Jahren ist für mich zumindest kein Zeichen einer gestärkten Demokratie – und ganz sicher kein Zeichen einer effizienteren.

Auch hier in Deutschland wollen die Bürger frühzeitig und umfassend informiert werden, von Beginn an in Planungen eingebunden sein und Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben. Aus unseren Recherchen zum Reinhard Mohn Preis, aus den Diskussionen mit Wissenschaftlern und Praktikern und aus den vielen Bürgerkommentaren haben wir drei Erkenntnisse für eine solche Beteiligungskultur gewonnen:

**Erstens: Wer nicht in Bürgerbeteiligung investiert, wird später teuer reparieren müssen!**

Es ist sicher richtig, dass Bürgerbeteiligung zuerst als zusätzlicher Aufwand erscheint. Aber der Blick nach Stuttgart oder Hamburg zeigt, welche Folgen zu wenig Beteiligung haben kann. Hier wurde nicht früh investiert, sondern spät und teuer repariert. Und das Image der Politik hat dabei deutlich gelitten. Wir müssen in Zukunft Bürgerbeteiligung als integralen Bestandteil politischer Entscheidungsprozesse ansehen. Wir dürfen Bürgerbe-

teiligung deswegen auch nicht länger nur als Holschuld der Bürger verstehen, sondern sie auch als Bringschuld der Politik begreifen. Es ist Aufgabe von Politik und Verwaltung, frühzeitige und ernstgemeinte Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger zu schaffen, dafür einen verlässlichen rechtlichen Rahmen zu verfassen und die notwendigen Ressourcen bereitzustellen – in dem Wissen, dass wir sie hinterher wieder „herein verdienen“ werden.

### **Zweitens: Wer Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet, wird aktive Bürger gewinnen!**

Damit Bürger in Deutschland sich aktiv in politische Entscheidungen einbringen können, müssen Mandatsträger einen Teil ihrer Gestaltungsmacht – zumindest für den politischen Prozess, nicht notwendigerweise für die Entscheidung – aus der Hand geben. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Bürger Verantwortung übernehmen. Je früher wir dieses Engagement ermöglichen – z.B. in den Schulen – desto selbstverständlicher wird sich eine faire, offene und demokratische Kultur etablieren: Gerade benachteiligte und „politikferne“ Gruppen müssen einen Zugang finden und auch wahrnehmen. Denn es tut nicht gut, wenn heute überwiegend die gebildeten und Medien-affinen Teile der Gesellschaft die neuen Partizipationschancen nutzen.

### **Drittens: Klassische, repräsentative Politik und die direkte Einbeziehung von Bürgern ergänzen sich!**

Immer wieder erlebt man Vorbehalte, dass neue Formen der Beteiligung die Bedeutung von Parteien oder Parlamenten schwächen. Aber in Städten wie Hampton liegt die Wahlbeteiligung der Jugendlichen doppelt so hoch wie im Durchschnitt des Bundesstaates Virginia. Und in Portsmouth, New Hampshire, hat sich durch die dortigen Beteiligungsansätze so viel Interesse an Politik entwickelt, dass sich heute viel mehr Bürger für die Wahlen zum Stadtrat aufstellen lassen als früher. Bürgerbeteiligung – wenn sie mehr ist, als sich mit einem Volksentscheid gegen „die da oben“ zu stellen – würde auch unsere repräsentative Demokratie stärken.

Als wir vor anderthalb Jahren, meine Damen und Herren, diesen ersten Reinhard Mohn Preis unter das Motto stellten: „Demokratie vitalisieren – politische Teilhabe stärken“, wussten wir noch nicht, welche beeindruckenden Vorbilder wir finden würden. Sie alle zeigen, wie belebend Teilhabe für das demokratische Gemeinwesen sein kann – und wie das vermeintliche Gegeneinander von Bürgern und Politik überwunden und ein effizientes Miteinander gestaltet werden kann.

Die Weiterentwicklung der Demokratie und die Stärkung des politischen Engagements waren stets wichtige Themen für unseren Stifter Reinhard Mohn – und sie sind aktueller denn je: in Deutschland, in Brasilien, im Nahen Osten. Deswegen werden diese Themen auch in Zukunft ein Schwerpunkt unserer Stiftungsarbeit sein. In den kommenden vier Jahren werden wir die innovativen Ansätze der Finalisten und anderer Projekte aus allen Teilen der Welt nach Deutschland bringen. Wir wollen Politik und Verwaltungen in Bund, Ländern und Gemeinden dabei unterstützen, neue Formen der Beteiligung zu erproben und zu etablieren: sei es bei Bürgerhaushalten, sei es bei Infrastrukturprojekten z.B. für neue Stromleitungen im Rahmen der Energiewende, sei es bei der Frage, wie wir auf den demografischen Wandel reagieren, um als Gesellschaft weiterhin überlebensfähig zu sein.

Dass Beteiligung nicht nur notwendig, sondern auch machbar ist, haben die Finalisten des diesjährigen Reinhard Mohn Preises bewiesen. Lassen Sie uns gemeinsam von diesen Beispielen lernen und für neue Formen der Bürgerbeteiligung eintreten, die uns alle stärker in die Gestaltung unserer Gesellschaft einbinden.

Herzlichen Dank!